

Pressekonferenz 21.10.2015: Investitionen – Konjunkturelle Schwäche oder Strukturproblem?

WKO

A.o. Univ. Prof. Dr. Eva Pichler, Sigfried Menz

PRESSEAUSSENDUNG

„Warnrufe hat es in der Vergangenheit viele gegeben. Nun zeigt die vorliegende WU-Studie, dass die Netto-Investitionsquote in den letzten Jahren regelrecht eingebrochen ist. Von Ersatzinvestitionen allein kann keine Branche leben. Damit stehen wir vor einem echten Problem: Denn, wo keine Investitionen, auch kein technischer Fortschritt, zu geringe Arbeitsproduktivität und eine sinkende Nachfrage“, betonte heute, Mittwoch, der Obmann der Bundessparte Industrie, Sigi Menz. Dadurch, dass die Industrie exportabhängiger als je zuvor sei, bedeute die vorliegende Entwicklung eine nachhaltige Schädigung der Betriebe, die dazu führe, dass Österreich echte Handelsnachteile erlebe.

„Die Tatsache, dass sich die Investitionen in der EU bzw. im OECD-Raum deutlich schwächer erholen als nach früheren Krisen bedeutet bereits eine große Einschränkung. Österreich selbst hat sich aber von dieser Entwicklung zusätzlich abgekoppelt, die Investitionsschwäche ist hier besonders signifikant ausgeprägt“, konstatiert Studienautorin Prof. Eva Pichler (WU Wien). Die Daten zeigen, dass in erster Linie die Investitionen der privaten Unternehmen sowie der privaten Haushalte, nicht jene des öffentlichen Sektors, zurückbleiben, der trotz hoher Verschuldung und hoher Steuerquote weiter kräftig investiert. Bauinvestitionen sind stark betroffen, aber auch Investitionen in Maschinen stagnieren seit 2011 bzw. sind real sogar rückläufig. Sogar das Wachstum der Investitionen in F&E kam im Jahr 2014 zum Stillstand.

Wie die aktuelle Erhebung der ÖNB von gestern, Dienstag, belegt, entwickeln sich die passiven Direktinvestitionen in Österreich in der ersten Hälfte des laufenden Jahres mit nur 2,9 Mrd. Euro äußerst schwach: offensichtlich verliert der Wirtschaftsstandort Österreich auch aus dem Blickwinkel des Auslandes an Attraktivität. Ausländische Investoren zogen etwa 150 Mio. Euro an Eigenkapital ab, ein Vorgang, der im ersten Halbjahr 2014 zum ersten Mal auftrat. Die Direktinvestitionsentwicklung aus dem Ausland (passive DI) hat sich bereits seit 2008 erheblich reduziert und nun einen neuen negativen Höhepunkt erreicht.

Im Zeitraum 2000-2014 ist die Nettoinvestitionsquote (Bruttoinvestitionsquote abzüglich Abschreibungen, bezogen auf den Bruttoproduktionswert) der Unternehmen von 13,5% auf 5,2% eingebrochen, um mehr als 60 Prozent.

„Problematisch ist die Tatsache, dass diese Entwicklung keinen kurzfristigen Rückgang darstellt, wir erleben einen langfristig sinkenden Trend bei den Investitionen. Das heißt: Schwaches Wirtschaftswachstum, hohe Lohnstückkosten und der sinkende Trend selbst verursachen weiter sinkende Investitionen. Dies

weist auf ein Problem der Standortqualität Österreichs hin. Die niedrigen Zinsen haben momentan keinen messbaren Einfluss auf die Investitionen mehr, analysiert Pichler, diesbezüglich liegt eine „Liquiditätsfalle“ vor. Evident sei zudem, dass die Unternehmen bis 2007 stark investiert haben und nun auf hohen Kapitalstockkosten sitzen. Das bedeutet wiederum, dass aufgrund der niedrigen Investitionen der Kapitalstock nur mehr sehr langsam wächst und auch technischer Fortschritt – selbst wo dieser zur Verfügung stünde – nicht genutzt werden kann, da nicht in die dazu erforderliche Technologie investiert wird.

Mit geringen Nettoinvestitionen fehlt auch die Basis für zukünftiges Wachstum. So entsprechen die Abschreibungen inzwischen 80% der Bruttoinvestitionen, so Pichler. Mit anderen Worten werden 4 von 5 Euro der Investitionskosten nur dazu verwendet, den bestehenden Kapitalstock zu erhalten. Die Abschreibungen haben als einzige Komponente der Investitionen einen deutlichen Aufwärtstrend. Dies ist problematisch, da ein größer werdender Teil der Bruttowertschöpfung nicht mehr zur Verteilung zur Verfügung steht. Gründe sind einerseits Strukturverschiebungen der Investitionen in Richtung F&E, geistiges Eigentum, andererseits die teils zu hohen Investitionen, welche die Unternehmen bis zum Jahr 2007 in allzu großem Optimismus getätigt haben. In den Jahren zwischen 1995 und 2015 kostet dieser Effekt 3 Prozent der Bruttowertschöpfung des Unternehmenssektors zusätzlich!

Auch in Bezug auf das gesamte BIP wachsen die Abschreibungen, im Zeitraum 1995-2014 um ca. 2 Prozent. Das entspricht aktuell ca. 7 Mrd. Euro, betont Pichler. Es wäre zu überlegen, ob man bei verschiedenen Verteilungsfragen vom Konzept des BIP auf ein Nettokonzept wechseln sollte.

„Ich warne eindrücklich davor, dem heimischen Industriestandort das Wasser abzugraben und ihn weiter zu schwächen. Die Exportzahlen sind (trotz zunehmender Marktanteilsverluste auf den Exportmärkten) noch gut, aber höhere Auslandsumsätze gepaart mit geringeren Inlandsinvestitionen bedeuten, dass wir es mit einem echten Strukturproblem in Österreich zu tun haben. Wir wollen weiter von Österreich aus exportieren und nicht im Ausland produzieren“, so Menz. „Es ist wie ein Wechselspiel zu unseren Ungunsten: Sinkende Gewinne verursachen Investitionsrückgänge, sinkende Investitionen verursachen wiederum Gewinnrückgänge. Das ist in den Unternehmen schon konkret spür- und messbar“, konstatiert der Industrie-Obmann. Pichler bestätigt die letztere Aussage mithilfe eines ökonometrischen Tests: Auch dieser zeigt, dass sinkende Investitionen die Gewinne senken, was wiederum einen negativen Rückkopplungseffekt auf die Investitionen auslöst.

Zwtl.: Steigerung der Lohnstückkosten seit 2008 um 15,8 Prozent

Im Hinblick auf die traditionelle starke Exportsituation der österreichischen Industrie – Exportanteil von bis zu 90 Prozent in bestimmten Industriezweigen – führe die im Vergleich zum Euroraum hohe Inflation in Österreich zu Nachfragerückgängen und Kostennachteilen für die heimischen Betriebe. Seit 2008 sind die Lohnstückkosten in Österreich um 15,8 % gestiegen (EU: 10,2 %). Der Ruf nach höheren Lohnabschlüssen verschärfe dieses Problem und gefährde die österreichische Arbeitsproduktivität, so Pichler. Das zugrundeliegende Problem ist,

dass die Arbeitsproduktivität seit 2010 nur um ein Prozent pro Jahr oder sogar weniger wächst, und daher der Verteilungsspielraum sehr eng geworden ist. Die Lohneinkommen entwickelten sich schwach, die Gewinneinkommen jedoch noch schwächer: Seit 2007 fiel die Nettogewinnquote der Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften – ein Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, das nicht betriebswirtschaftlichen Ziffern entspricht – um fast ein Drittel. Insbesondere kamen die Unternehmen auch von den hohen Abschreibungskosten her unter die Räder. Ein Kernproblem der sinkenden Arbeitsproduktivität, die den Wohlstand erodiere, könne daher mittels Lohnforderungen oberhalb der Produktivität nicht gelöst werden, die verstärke nur die bestehende Abwärtsspirale und führe mittelfristig – über eine weitere Zurückdrängung der Investitionen – zu einem weiteren Absinken des Wachstums der Arbeitsproduktivität, unterstreicht Pichler.

Neben steigenden Lohnstückkosten gibt es weitere Faktoren die dazu beitragen, dass die Inflationsrate in Österreich inzwischen zu den höchsten im Euroraum gehört. Diese sind – lt. OECD – steigende Gebühren und Steuern sowie eine ungenügende Deregulierung bei Dienstleistungsmärkten, insbesondere in den Bereichen Elektrizitätswirtschaft sowie Freie Berufe. Die relativ zum Euroraum höhere Inflation reduziert die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen, da der Wechselkurs nicht als Gegengewicht eingesetzt werden kann. In den letzten Jahren blieb der Export österreichischer Unternehmen um ca. ein halbes Prozent hinter dem Wachstum des globalen Exports zurück. Die Wettbewerbsnachteile hoher Produktionskosten bestehen aber auch im Inland. Als Folge dessen verschlechtert sich allmählich auch die Zahlungsbilanz.

„Der Ruf nach Reformen liegt klar auf der Hand. Denn die nicht realisierte Reformen der letzten Jahre kosten uns Geld – das ist durch die ohnehin schon sehr hohe Steuer- und Abgabenquote nicht mehr abdeckbar“, kritisiert Menz. Pichler verweist in diesem Zusammenhang auf die Abgabenquote, die aktuell 50 Prozent des BIP erreicht und damit ein österreichisches All Time High markiert. Die Berechnungen würden zeigen, dass bei künftig steigenden Zinsen sich dieser Kostenfaktor längerfristig mit etwa 3,5 Mrd. Euro pro Prozent Zinsdienst pro Jahr zu Buche schlagen werde. Dabei könnten durch Vereinfachung des Steuersystems und Deregulierungen von Dienstleistungssektoren laut OECD jedes Jahr bis zu 0,5 % des BIP an zusätzlichem Wachstum generiert werden, betont Pichler.

„Es ist Eile geboten: Produktivitätsorientierte Lohnpolitik, Strukturreform bei der öffentlichen Verwaltung, Förderalismusreform, Gesundheitswesen, Deregulierung, Bildung (Facharbeiter, technische Ausbildung) müssen jetzt mehr als nur Schlagworte sein“, so Menz. Eine Senkung der Lohnnebenkosten sei unabdingbar und ein erster wichtiger Schritt. Und angesichts der Tatsache, dass die Staatsquote nicht mehr gesteigert werden könne, gelte es intelligente Investitionsanreize zu setzen – Rasche Umsetzung Wohnbau-Paket, Lohnnebenkostensenkung vor 2018 – der Zusammenhang zwischen sinkenden Investitionen und dem Arbeitsmarkt sei evident, so der Industrie-Obmann abschließend.

Auch die Vorstellung, F&E könne langfristig im Land gehalten werden, wenn die kapitalintensiven Betriebe mit der Produktion ins Ausland abwandern, ist eine

Illusion, denn die österreichische Forschung ist vom Schwerpunkt her anwendungsorientiert (Produktdesign) und damit produktionsnahe.

Investitionen binden Kapital langfristig und sind mit hohen Sunk Costs verbunden. Eine zunehmende Unsicherheit der Investoren bezüglich z.B. zukünftiger neuer steuerlicher Belastungen können stark negative Effekte erzeugen. Österreichs Ranking im „Global Competitiveness Report 2014-15“ in Punkto „strength of investor protection“ liegt mit Rang 83/144 (!) bereits auf einem viel zu schlechten Platz.

Pichler schließt mit der Aufforderung, das Investitionsklima in Österreich rasch zu verbessern, um den sinkenden Trend der Investitionsquote entgegenzuwirken.